

Knowhow und Arbeitsplätze der Rüstungsindustrie sichern!

Am kommenden 29. November 2009 soll der Export von Waren und Dienstleistungen aus der Rüstungsindustrie verboten werden. Die Folgen wären ein enormer Verlust von wertvollem Knowhow und hochqualifizierten Arbeitsplätzen. Neben dem Kanton Nidwalden ist der Thurgau von dieser Initiative landesweit am stärksten betroffen.

Entgegen der aufgebauschten Meinung der Initianten: Die Schweizer Rüstungsindustrie und ihre Produkte spielen weltweit keine Rolle. So würde auch ein Exportverbot für die Schweiz nicht für mehr Frieden und Sicherheit auf der Welt sorgen. Hingegen sind die Folgen national schwerwiegender Art: Geschätzte 5000 Arbeitsplätze würden direkt durch dieses Exportverbot verloren gehen – im Kanton Thurgau alleine rund 600 Vollzeitstellen. Werden die KMU-Zulieferbetriebe noch dazugerechnet, sind schätzungsweise 10'000 Arbeitsplätzen betroffen. In die Bresche soll der Staat mit planwirtschaftlichen Massnahmen von mehreren 100 Millionen springen. Eine absolut absurde und realitätsfremde Idee. Nicht vergessen werden darf weiter der Verlust von technisch ausserordentlich wertvollem Knowhow, welches ebenfalls in grossem Masse der Entwicklung und Innovation von zivilen Spezialgütern zu Gute kommt.

Kurzum: Die heutige Gesetzeslage und die damit verbundenen Regelungen, welche international äusserst restriktiv sind, entsprechen den heutigen Verhältnissen in umfassender Weise. Über die Auslegung kann gestritten werden, nicht aber über die Eliminierung von tausenden Arbeitsplätzen – insbesondere auch im Kanton Thurgau. Aus diesem Grund ein klares NEIN zum Exportverbot von Rüstungsgütern!

Peter Schütz

Präsident Thurgauer Gewerbeverband, FDP-Kantonsrat Wigoltingen